Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3451**

15. Wahlperiode 29. 06. 2004

Antrag

der Abgeordneten Johannes Singhammer, Karl-Josef Laumann, Dagmar Wöhrl, Veronika Bellmann, Dr. Rolf Bietmann, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Cajus Julius Caesar, Alexander Dobrindt, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Erich G. Fritz, Dr. Michael Fuchs, Hans-Joachim Fuchtel, Dr. Reinhard Göhner, Kurt-Dieter Grill, Ernst Hinsken, Robert Hochbaum, Volker Kauder, Dr. Martina Krogmann, Dr. Hermann Kues, Wolfgang Meckelburg, Friedrich Merz, Laurenz Meyer (Hamm), Dr. Joachim Pfeiffer, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Franz Romer, Kurt J. Rossmanith, Hartmut Schauerte, Max Straubinger und der Fraktion der CDU/CSU

Arbeitsmarktstatistik aussagekräftig gestalten – Ausmaß der Unterbeschäftigung verdeutlichen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Zahl der Arbeitslosen ist eine der wichtigsten ökonomischen wie politischen Kennziffern unseres Landes. An ihr werden vielfach Erfolg oder Misserfolg der jeweiligen Bundesregierung gemessen und so auch Wahlentscheidungen mitbeeinflusst. Es ist daher unerlässlich, dass diese zentrale Kennzahl die Lage auf dem Arbeitsmarkt und das Ausmaß der Unterbeschäftigung in Deutschland so angemessen und so exakt wie möglich abbildet.

Dies ist gegenwärtig bei den von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichten Daten nicht der Fall. Eine klare und eindeutige Gegenüberstellung der Beschäftigungs- und Unterbeschäftigungssituation in unserem Land fehlt bis heute vollständig.

Stattdessen unterzeichnet die von der Bundesagentur für Arbeit (BA) in den Monatsberichten ausgewiesene Zahl zur Höhe der Arbeitslosigkeit das wahre Ausmaß der Unterbeschäftigung in unserem Land deutlich.

So hat die BA im Mai dieses Jahres eine offizielle Arbeitslosigkeit von rund viereinhalb Millionen veröffentlicht, während de facto zwischen sechs bis sieben Millionen Menschen in Deutschland ohne Job sind. Um ein realistisches Ausmaß der Unterbeschäftigung zu erhalten, müssten vielmehr neben den amtlich gemeldeten Arbeitslosen auch all diejenigen Personen in die Analyse und Veröffentlichung einbezogen werden, die arbeiten wollen, aber keinen Arbeitsplatz finden und bislang nicht als arbeitslos von der BA in die Berechungen mitgezählt werden.

Hierzu zählen vor allem:

Erstens Teilnehmer an längerfristigen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie bspw. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Trainingsmaßnahmen, JUMP/JUMP-Plus, Personal-Service-Agenturen oder Weiterbildungsprojekten. Hinzu kommen noch einmal fast 400 000 arbeitsfähige ältere Arbeitslose über 58 Jahre, die nach § 428 SGB III erleichterten Bezug des Arbeitslosengeldes beziehen. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung schätzt die „versteckte" Arbeitslosigkeit aufgrund aktiver Arbeitsmarktpolitik auf insgesamt rund 1,7 Millionen Personen.

Zweitens rund 670 000 arbeitsfähige Rentner, die nicht aufgrund der Altersgrenze, sondern wegen Arbeitslosigkeit ihr Altersgeld bereits vor dem 65. Lebensjahr erhalten.

Drittens muss eine Regelung gefunden werden, um die so genannte stille Reserve in die amtliche Unterbeschäftigungsstatistik einzubeziehen. Hierbei handelt es sich nach Schätzung der deutschen Forschungsinstitute um rund ein bis zwei Millionen Menschen, die zwar arbeiten wollen, sich aber aufgrund fehlender Beschäftigungsperspektiven vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben.

Gleichzeitig ist die Arbeitslosenstatistik um die Personen zu bereinigen, die keine Arbeit suchen und sich lediglich um Ansprüche auf anderweitige Sozialleistungen – wie bspw. Kindergeld, Rentenanwartschaften – zu erwerben, arbeitslos gemeldet haben und dementsprechend lediglich aus formalen Gründen in der Arbeitslosenstatistik geführt werden.

Ursache für die große Diskrepanz zwischen der veröffentlichten Arbeitslosigkeit und der tatsächlichen Unterbeschäftigung ist nicht mangelnder Sachverstand in der BA, sondern eine ungenügende Definition der Erwerbslosigkeit im SGB III, das die Rechtsgrundlage für die Veröffentlichungen der BA bildet. Diese Rechtsgrundlage ermöglich derzeit sowohl die Manipulation der Arbeitslosenzahlen durch Statistiktricks – wie dies zu Jahresbeginn erneut geschehen ist, als 80 000 Arbeitslose, die sich in Trainingsmaßnahmen befunden haben, per Federstreich aus der Statistik entfernt worden sind. Das SGB III ermöglich aber auch eine nur scheinbare Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch ein kurzfristiges intensives Ausnutzen von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, das zwar Kosten verursacht und die amtlichen Zahlen beschönigt, nicht aber eine echte Verbesserung der Beschäftigungslage schafft.

Sowohl aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland als auch für die politischen Entscheidungsträger ist es daher erforderlich, dass die offizielle Arbeitslosenstatistik neu gefasst wird und wieder eine realistischere Lagebeschreibung unseres Arbeitsmarktes liefert. Nur wenn dies gelingt, können die Menschen in unserem Land ihre Wahlentscheidungen auf einer seriösen Informationsgrundlage fällen. Zugleich ist eine derartige Neufassung der Arbeitslosenstatistik auch deshalb erforderlich, um in der Politik die richtigen und zielführenden Entscheidungen für Reformmaßnahmen fällen zu können. Denn eine erfolgreiche Politik-Therapie der deutschen Beschäftigungsmisere ist nur dann möglich, wenn eine korrekte Diagnose über die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit und deren wahres Ausmaß den Ausgangspunkt der Entscheidungen bildet.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ins Zentrum der Arbeitsmarktstatistik zu rücken. Direkt daneben muss auch die Zahl der Unterbeschäftigung ausgewiesen werden, um das Ausmaß an Beschäftigung und Unterbeschäftigung in unserem Land klar und unmissverständlich zu verdeutlichen;

das SGB III so zu überarbeiten, dass die von der Bundesagentur für Arbeit monatlich veröffentlichten Arbeitslosenzahlen das wahre Ausmaß der Unterbeschäftigung in unserem Land künftig wieder deutlich besser abbilden;

den Trend, immer mehr Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik aus der amtlichen Arbeitslosenstatistik zu streichen, wie dies u. a. zu Jahresbeginn mit den Trainingsmaßnahmen geschehen ist, umgehend rückgängig zu machen;

in Zusammenarbeit mit dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten sowie den Arbeitsmarktexperten in der BA eine Analyse vorzulegen, welche Personen, die sich in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik befinden, sinnvoller Weise als arbeitslos in der amtlichen Arbeitslosenstatistik geführt werden sollten;

sämtliche arbeitsfähigen älteren Personen, die Altersrenten aufgrund von Arbeitslosigkeit als auch den erleichterten Bezug von Arbeitslosengeld nach § 428 SGB III beziehen, wieder in die amtliche Arbeitslosenstatistik aufzunehmen;

in Zusammenarbeit mit dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten sowie den Arbeitsmarktexperten in der BA einen Maßstab zu entwickeln, um die so genannte stille Reserve in der amtlichen Arbeitslosenstatistik zu integrieren;

unter anderem auf der Grundlage der Analysen des Bundesrechnungshofes sowie der Bundesagentur für Arbeit die Arbeitslosenstatistik um die Personen zu bereinigen, die zwar arbeitslos gemeldet sind, aber tatsächlich kein Beschäftigungsverhältnis suchen;

einen Vorschlag zu unterbreiten, wie verhindert werden kann, dass sich Personen lediglich deshalb arbeitslos melden, weil sie auf diesem Wege anderweitige Sozialleistungen erhalten können.

Berlin, den 29. Juni 2004

Johannes Singhammer
Karl-Josef Laumann
Dagmar Wöhrl
Veronika Bellmann
Dr. Rolf Bietmann
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Cajus Julius Caesar
Alexander Dobrindt
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Dr. Reinhard Göhner
Kurt-Dieter Grill
Ernst Hinsken
Robert Hochbaum
Volker Kauder
Dr. Martina Krogmann
Dr. Hermann Kues
Wolfgang Meckelburg
Friedrich Merz
Laurenz Meyer (Hamm)
Dr. Joachim Pfeiffer
Hans-Peter Repnik
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer
Kurt J. Rossmanith
Hartmut Schauerte
Max Straubinger
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333